



Verstappen braust im Eiltempo Richtung WM-Titel
Nach einer Aufholjagd holt der Niederländer auch den Grand Prix von Ungarn

ZSOLT CZEGLÉDI

SPORT 9

DIE GENIALE IMMO-APP
ORAG
Immobilien | Seit 1871
oerag.at

KURIER

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS FÜR ÖSTERREICH

Montag
1. August 2022
Nr. 210 / 1,80 €

KURIER.at

Behindertenanwalt will mehr Geld für Armutsgefährdete

13. Mindestsicherung. Aktuelle Krise trifft Menschen mit Behinderung besonders hart **POLITIK 5**

Licht aus in Salzburg, Linz und anderen großen Städten

Energiesparen.

Die Festung Hohensalzburg ist der Orientierungsmarker der Festspielstadt Salzburg – und ab heute weniger sichtbar, denn die Effektbeleuchtung wird aufgrund der Energiekrise früher abgedreht als bisher. Insgesamt sind 32 Bauwerke der Stadt betroffen. Auch in Linz hat die Stadt einen Beschluss in ähnlicher Dimension gefasst, und Klagenfurt und Graz schließen sich ebenfalls an, während sich etwa Wien noch zögerlich zeigt. Der Energiespareffekt dieser Maßnahmen ist geringer als die Symbolwirkung – immerhin, die Diskussion ist entfacht. Während versichert wird, dass das Sicherheitsgefühl nicht beeinträchtigt wird, ist die Reduktion der Lichtverschmutzung ein unumstritten positiver Nebeneffekt. Die Städte erwägen auch andere Energieeinsparungen.

SEITE 14



APN/BARBARA GINDL

Wien **K**



ARCHIV ALPENVEREIN

Die Regeln für wildes Campen

Urlaub. Camping in den Bergen ist nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Man sollte sich gut informieren.

SEITE 17

Weiter Kritik an Quarantäne-Aus

Corona. Die Quarantäne ist mit heute abgeschafft, und die Kritik daran reißt nicht ab. Gesundheitswesen und Wirtschaft warnen vor Gefahren und hohen Kosten für Betriebe.

SEITE 3

Lehrstunde in der Bienenuniversität

Bildung. Mit Bienen bringen Studierende Schülern in Spittelau Naturverbundenheit näher.

SEITE 15

MO	DI	MI
29°	28°	32°

Windig. Die Wolken werden allmählich weniger.

WETTER 2

Forschungsmontag	8
Auszeit, Monatshoroskop	16, 18
Debatte	20

Einfach ausblenden

BB

Alles neu im August. Alles leichter. Das Virus macht zwar heuer keine Sommerpause, es wird aber ab heute in den Untergrund geschickt. Das Abschaffen der Corona-Quarantäne ist ein konsequenter Schritt, der auch in anderen Bereichen Anwendung finden könnte. Denn das würde deutlich mehr Leichtigkeit und Sorglosigkeit für viele Menschen mit sich bringen:

Wer nicht auf die Waage steigt, hat kein Übergewicht. Und wer keinen Sport betreibt, niemals Muskelkater. Wer nicht streitet, hat keine zwischenmenschlichen Probleme mehr. Und wer nicht in den Postkasten schaut, keine herumliegenden Rechnungen. Wer sich nirgendwo bewirbt, bekommt keine Absagen. Wer nicht zum Arzt geht, keine Krankheitsdiagnosen. Und wer nicht testet, hat kein Covid. – Damit wäre dann die Quarantäne sowieso obsolet. Ob sich das Virus im Untergrund langweilt und beschließt, zu verschwinden, oder ob es umso heftiger auf sich aufmerksam macht, wird sich zeigen.
birgit.braunrath@kurier.at

„Das ist der Weg, um Vertrauen zu zerstören“

Kritik an Kommunikation der Regierung

Interview. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) entlädt in einem Interview mit dem KURIER seinen Ärger über die Kommunikation der Bundesregierung beim Aus der Corona-Quarantäne. „Das ist der Weg, um Vertrauen zu zerstören“, sagt der Kärntner. Wobei ihn nicht so sehr stört, wie die Regierung entschieden hat, sondern dass im Vorfeld der Lockerungsmaßnahmen die drei roten Landeshauptleute nicht eingebunden worden waren.

Wenn es um die Teuerungswelle und die hohen Energiepreise gehe, dann sollte die Regierung jeden-



JEFF MANGIONE

Kaiser: „Nötige Sparmaßnahmen mit Klimastrategie verbinden“

falls zielgerichteter agieren. National müsste im Mittelpunkt stehen, dass die lebensnotwendigen Dinge leistbar bleiben: Nahrungsmittel, Energie und ein Dach über dem Kopf. Die Beschaffung von Energie müsse allerdings europaweit geregelt werden. **POLITIK 4**

KURIER IMMO

KURIER

Finden Sie Ihre Traumimmobilie!

📍 Tausende Objekte 📍 360-Ansichten 📍 Suchagenten ohne Login anlegen und verwalten 📍 Aktuelle Informationen zu „Bauen und Wohnen“ 📍 Schnell-, Volltext-, Detailsuche, Merkliste und Maklerseite
📍 Modernes, übersichtliches und userfreundliches Design für eine schnelle u. einfache Suche

immo.kurier.at



Post: Österreichische Post AG TZ 022034475T; KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GmbH, 1190 Wien Retouren: Postfach 100, 1350 Wien Preise: DE, IT, SI € 3,20; HUF 1.100,-; HRK 24,-

Wie die Casinos ums Gesetz mitspielten

Strafverfahren. Amtsvermerk der WKStA zeigt, dass Monopolist Casinos Austria schon in Entstehungsphase auf Entwurf einwirken konnte, angeblicher Novomatic-Deal mit ÖVP/FPÖ ist offenbar kein Thema mehr



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

So ändern sich die Betrachtungsweisen. Drei Jahre ist es nun schon her, dass in einer anonymen Anzeige ein Deal zwischen dem niederösterreichischen Novomatic-Konzern und ÖVP/FPÖ behauptet wurde. Seither ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in einem Großverfahren mit zahlreichen Beschuldigten. Auch der Ibiza-U-Ausschuss drehte sich lange um diesen ominösen Deal.

Ausgangspunkt war der Verdacht, Novomatic hätte für die Bestellung des FPÖ-nahen Managers **Peter Sidlo** zum Finanzvorstand der Casinos (Casag) Glücksspiellizenzen erhalten sollen und habe versucht, die Gesetzgebung zu beeinflussen.

In einem Amtsvermerk fasste die WKStA nun ihre Ermittlungen zum Thema „Gesetzesvorhaben zum IP-Blocking und Glücksspiel“ zusammen. Das 35-seitige Papier liegt dem KURIER vor.

Das Résumé aus Chats, Mails und Einvernahmen zeigt allerdings nicht auf, wie der private Gaming-Konzern Novomatic lobbyiert hätte. Sondern vielmehr, wie stark der Einfluss der teilstaatlichen Casag war. De facto schrieb die immer schon politisch einflussreiche Glücksspiel-Gruppe, an der die Republik ein Drittel hält,



Die Casinos Austria bekamen den Entwurf zum Glücksspielgesetz vor dem, in dieser Phase noch roten, Bundeskanzleramt

2017/2018 maßgeblich am geplanten neuen Glücksspielgesetz mit.

Bei neuen Gesetzen ist es durchaus üblich, dass Interessensvertretungen und Lobbyisten versuchen, zum Vorteil ihrer Klientel zu intervenieren. Aber erst wenn der Entwurf fertig ist, wird er breit zur Begutachtung ausgeschickt, und die Betroffenen bringen ihre Stellungnahmen ein.

Die Casag jedoch „konnte offensichtlich auf den Gesetzwerdungsprozess schon in der Entwurfsphase eingehend einwirken“, schreibt die WKStA in der Zusammenfassung. „Aus Chatnachrichten sowie E-Mailverkehr geht hervor, dass das BMF (Finanzministerium, Anm.) mit der CASAG an der Novellierung eng zusammenarbeitete und sich wechselseitig austauschte“.

Das bestätigte der zuständige Mitarbeiter des BMF in

seiner Zeugenaussage – siehe Faksimile. Man sei vom zuständigen Casag-Manager Dr. E. „lobbyiert worden“, dieser wollte einen Gesetzesentwurf weitergeleitet haben. Der Beamte sagte aus, das sei nicht üblich gewesen und er hätte den Entwurf von sich aus auch nicht weitergeleitet.

Nochmal drüberschauen

Im Juli 2017 schreibt der Beamte an **Thomas Schmid**, damals mächtiger Generalsekretär im Finanzministerium, Dr. E. habe gebeten, den Entwurf zum Thema IP-Blocking (Blockieren von illegal nach Österreich spielenden Online-Anbietern) „nochmals zu schicken, wenn wir ihn überarbeitet haben und ihn erst dann an das Bka (Bundeskanzleramt, Anm.) weiterzuleiten“. Er wolle mit Anwalt „nochmal drüberschauen!“

Das Bundeskanzleramt

war damals noch rot. Schmid gab sein OK.

Im Entwurf enthalten ist auch der Passus, dass die Ermächtigung für die Erteilung von Spielbank-Konzessionen wieder von 15 auf 12 reduziert werden könnte. Nach dem Desaster bei der Vergabe von drei zusätzlichen Konzessionen wurden diese nie wieder ausgeschrieben.

Nach dem türkis-blauen Regierungswechsel wurde der Entwurf von 2017 laut dem Bericht der WKStA auf Betreiben der damaligen Casinos-Vorständin **Bettina Glatz-Kremsner** „weiterverarbeitet“, der Managerin ging es vor allem um das IP-Blocking. Der Monopolist Casag hat im Online-Gaming nur 40 Prozent Marktanteil. Ein

Monopol, das wirkungslos ist. Der Ausschluss der illegalen Anbieter hätte viel Geschäft gebracht. Profitiert hätte indirekt freilich auch die Novomatic, die einen Content-Vertrag mit den Lotterien hatte, selbst aber im Web nicht im Endkunden-Geschäft ist.

Finanzminister **Hartwig Löger** (ÖVP) bejubelt am 27. Februar 2018 in einer Aussendung den zur Begutachtung ausgeschickten Entwurf, der illegales Internet-Glücksspiel „deutlich zurückdrängt“. Die Freude währt nur kurz. FPÖ-Chef **Heinz-Christian Strache** verweigert bekanntlich sein OK, er wollte laut WKStA eine umfassende Novelle und eine Zweckwidmung der Einnahmen aus den Sportwetten. Die ÖVP habe nur das IP-Blocking machen wollen. Am 1. März zieht Schmid den Entwurf zurück.

Letztlich war das ganze Lobbying erfolglos. Bis heute gibt es kein neues Glücksspielgesetz. Für Glatz-Kremsner, die wegen falscher Beweisaussage als Beschuldigte geführt wird, sind die Chats und Mails entlastend. Sie sagte aus, nicht nach dem Grund für den Rückzug des Entwurfs nachgefragt zu haben. Im Amtsvermerk findet sich auch nichts dazu.

andrea.hodoschek@kurier.at

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von

Generaldirektor a.D. Hon. Prof. KR

Mag. Dr. Walter Fremuth

(13.04.1932 – 20.07.2022)

Walter Fremuth prägte als Generaldirektor der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, heute VERBUND AG, von 1979 bis Anfang 1994 richtungweisend die Geschicke des Unternehmens und der gesamten Energiewirtschaft in Österreich.

In seiner Ära wurde der Ausbau der heimischen Stromerzeugung, insbesondere der Wasserkraft an der Donau mit den Kraftwerken Melk, Greifenstein und Freudenau vorangetrieben sowie der Ausbau des Höchstspannungsnetzes mit Österreich als wichtiger Stromdrehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa forciert. Auch die Teilprivatisierung von VERBUND durch die Novellierung des 2. Verstaatlichungsgesetzes im Jahre 1988 fiel in seine Amtszeit. Mit hoher Sachkompetenz und Managerqualität hat Walter Fremuth unser Unternehmen geprägt und die Versorgungssicherheit in Österreich nachhaltig gestärkt.

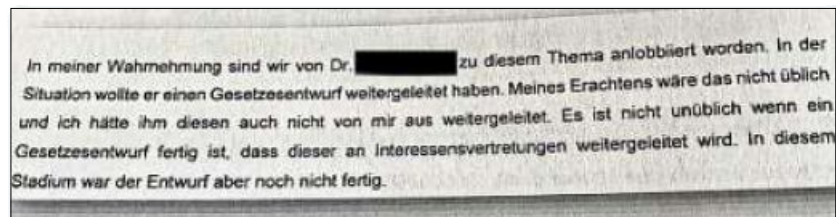
Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt der Familie. Wir werden Prof. Walter Fremuth stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat

Vorstand

Betriebsrat

VERBUND AG



Aussage des für Glücksspiel zuständigen Beamten im Finanzministerium vor der WKStA

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Lufthansa-Piloten drohen mit Streik

Reisezeit. Die in der Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) organisierten Piloten der AUA-Mutter Lufthansa haben sich in einer Urabstimmung für einen Streik ausgesprochen. Zwar kommt es dadurch vorläufig zu keiner Arbeitsniederlegung, sie wäre aber ab sofort möglich. Die Piloten fordern vom Konzern eine Lohnerhöhung um 5,5 Prozent, einen automatischen Inflationsausgleich sowie eine Anpassung der Tarifstruktur. Erst vergangene Woche sind bei der Lufthansa wegen eines Streiks des Bodenpersonals mehr als 1.000 Flüge ausgefallen.

Jeder Vierte kauft Lebensmittel online

Einzelhandel. Die Österreicher kaufen laut einer Studie des Unternehmensberaters McKinsey immer mehr im Internet ein. Im EU-weiten Vergleich gab es in Österreich mit einem Zuwachs von sieben Prozentpunkten den größten Anstieg. Das betrifft etwa den Lebensmittelhandel: Bereits ein Viertel der Befragten nutzt dafür Online-Angebote. Am stärksten ist der Trend aber bei Bankdienstleistungen: 95 Prozent der Kunden nehmen Online-Banking in Anspruch. Befragt wurden 25.000 Menschen in 19 europäischen Ländern, davon 1.500 in Österreich.

Deutschland: AKW statt Gas-Strom

Energiekrise. Der deutsche Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat sich dafür ausgesprochen, die Stromproduktion in Gaskraftwerken auszusetzen, um eine Knappheit zu vermeiden. Stattdessen fordert er eine längere Nutzung der Kernkraft. In Deutschland sind noch drei Atomkraftwerke in Betrieb, Ende des Jahres sollten sie vom Netz gehen. Auch Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hat am Wochenende einen kurzfristigen Weiterbetrieb des bayerischen Atomkraftwerks Isar 2 im Jahr 2023 nicht ausgeschlossen. Die Situation wird noch evaluiert.